

den Vordergrund gerückt werden. Verlangt ist aber weit mehr als eine archivarische Inventarisierung vorhandener Positionen; gefordert ist vielmehr eine problemorientierte, zukunftsweisende, schöpferische und im besten Sinn spekulative Vermittlung. Dabei brauchen, ja dürfen Spannungen, Widersprüche, Bruchstellen, Konflikte, offene Probleme nicht verschwiegen oder harmonisiert werden; sie könnten aber aus ihrem abstrakten Gegensatz befreit und konkret als künftige Aufgaben, weiterführende Probleme und dgl. deutlich und insoweit fruchtbar gemacht werden.

Methodisch am schwierigsten ist das Postulat der lebens- und *praxisorientierten Offenheit* zu verwirklichen. Dabei kann es nicht um eine methodisch naive und kurzschlüssige Herausstellung des Lebenswertes oder von pastoralen Nutzenwendungen gehen. In einer tieferen Reflexion auf das Theorie-Praxis-Verhältnis ist vielmehr der freimachende Charakter der Wahrheit selbst (Joh 8, 32) herauszustellen. Da diese Wahrheit uns in geschichtlichen

Vermittlungen begegnet, ohne jemals in diesen aufzugehen, gilt es den Überschuss und Mehrwert der Wahrheit in der jeweiligen Situation und ihr gegenüber ideologiekritisch geltend zu machen und so in der Erinnerung des Ursprungs und der Herkunft vom Bann des Gegenwärtigen zu befreien, um so neue Zukunft zu ermöglichen und Hoffnung zu begründen. Eine solche theologische „Tendenzkunde“ wäre geeignet, die gegenwärtig zu beobachtende, verbreitete Lethargie, Zukunfts- und Perspektivenlosigkeit der europäischen Christenheit zu überwinden. Sofern die Verwirklichung der drei genannten Postulate auch nur annähernd gelingt, wäre die Neuauflage des „Lexikon für Theologie und Kirche“ ein im weitesten Sinn verstandener theologie- und kirchenpolitischer Beitrag für die konkrete neue Gestaltwerdung der Kirche beim Übergang vom zweiten zum dritten Jahrtausend. Es könnte auf seine Weise der Theologie und der Kirche helfen, den Weg in die Zukunft zu finden, ja konkrete Zukunft zu gewinnen.

*Bischof Walter Kasper*

## Kurzinformationen

### **Bischofskonferenz und Zentralkomitee nehmen Stellung zur ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl**

Zu den ersten gesamtdeutschen Wahlen am 2. Dezember haben sowohl die Deutsche Bischofskonferenz wie das Zentralkomitee der deutschen Katholiken Erklärungen abgegeben. „Das Wort“ der Bischöfe ist kurz ausgefallen und beschränkt sich auf eine knappe Konkretisierung der Allgemeinforderung nach einer „am christlichen Menschenbild orientierten Politik“. Zu einer solchen Politik gehöre „der Schutz des menschlichen Lebens in allen seinen Phasen, von der Zeugung bis zum Tod“, die Beachtung von Ehe und Familie „als Grundzelle des gesellschaftlichen und staatlichen Lebens“, eine freiheitliche und der sozialen Gerechtigkeit verpflichtete politische Ordnung und die „Bewahrung der von Gott uns anvertrauten Schöpfung“. Die Erklärung des Zentralkomitees – gegenüber früheren Erklärungen ebenfalls verhaltener formuliert – ist ausführlicher, hält sich aber auch an allgemeine Grundsätze über die Erhaltung der Wertordnung des Grundgesetzes, das seit seiner Einführung „seine Bewährungsprobe überzeugend bestanden“ habe, über die konsequente Sicherung des menschlichen Lebens in allen seinen Phasen, über die notwendigen Hilfen für Schwangere in Konfliktlagen, über den Schutz von Ehe und Familie durch den Staat, damit „die Kinder in den Familien eine Lebensform des Vertrauens und der Geborgenheit finden“. Unverändert wie schon in früheren Erklärungen verteidigt die Erklärung die „verlässliche deutsche Friedens- und Sicherheitspolitik im Rahmen der Atlantischen und Europäischen Gemeinschaft“. Damit habe die Bun-

desrepublik Vertrauen in aller Welt gewonnen. Deutlich wendet sich das Zentralkomitee gegen „extreme politische Gruppen . . ., die Zusammenarbeit für das Gemeinwohl verweigern, Ausländerfeindlichkeit wecken, Egoismus und Neid schüren und die Grundlagen unserer Verfassungsordnung bestreiten“. Unabdingbar sei „jetzt die Solidarität aller, die sich zur freiheitlichen Demokratie bekennen“. – Die ZdK-Erklärung fand in weiten Passagen Zustimmung bei der SPD. Besonders „hilfreich“, so die stellvertretende Parteivorsitzende *Herta Däubler-Gmelin*, sei der Appell des ZdK, die Familien bei der Pflege der Alten nicht allein zu lassen, das Bemühen um Versachlichung beim Schutz des Lebens und die klare Absage an Extremismen und Ausländerfeindlichkeit.

### **Auf der Herbstvollversammlung beschäftigten sich die österreichischen Bischöfe mit Kirchenaustritten und Theologischen Fakultäten**

Vom 5. bis 8. November hielten die österreichischen Bischöfe in Wien ihre Vollversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen vielfältige Probleme politisch-sozialer und kirchlich-pastoraler Art. Die wesentlichen von ihnen benannte und kommentierte der Sprecher der Bischofskonferenz, der Grazer Bischof *Johann Weber* auf einer an die Vollversammlung anschließenden Pressekonferenz. Einer der Gegenstände, die nach außen auffielen, waren die *theologischen Fakultäten*. Sie sind in letzter Zeit vor allem in Österreich von fundamentalistischen Gruppen ins Gerede gebracht worden mit dem Ziel, die wissenschaftli-

che theologische Ausbildung aus den staatlichen Universitäten herauszunehmen. Bischof Weber sprach sich eindeutig gegen solche Forderungen aus. Auch wenn es immer wieder zu Spannungen und Entfremdungen komme, seien die theologischen Fakultäten „eine einmalige Chance“. Ein anderes Thema waren die *Kirchenaustritte*. Über sie sei „sehr intensiv“ gesprochen worden. Den Beratungen darüber lag eine Studie des Instituts für Systemanalyse in Laxenburg vor, die anhand der hohen Kirchenaustritte während der letzten Jahre und besonders im letzten Jahr dem österreichischen Katholizismus schlechte Prognosen stellt. Bischof Weber stellte dazu fest, die Kirchenaustritte seien 1990 gegenüber 1989 zwar spürbar zurückgegangen, trotzdem gebe es „keine Zufriedenheit“. Bedauern wurde von den Bischöfen zum *Engelwerk* geäußert. Es fehlten leider bisher die Rückmeldungen zu den von den österreichischen Bischöfen gemachten Auflagen (vgl. HK, August 1990, 384 ff.). Über das Stück von Peter Turrini „Tod und Teufel“, gegen das einzelne katholische Gruppen wegen Religionsbeleidigung ein Verfahren beantragt haben, urteilten die Bischöfe eher milde. Proteste von Katholiken gegen das Stück seien „begründet“. Die Kirche entziehe sich keiner fairen Auseinandersetzung, müsse aber Stellung nehmen, „wenn der Ernst und die Würde des Religiösen und damit die Gefühle vieler Staatsbürger verletzt werden“. Auf die Situation nach den Nationalratswahlen angesprochen, meinte Bischof Weber, die Kirche habe keinen politischen Auftrag und auch „keine Hauspartei“. Es brauche in Österreich aber ein Grundbekenntnis, „welche humanen Werte nicht zur Disposition stehen“. Dazu gehörten der Wert des Lebens, der Wert des Teilens und ein entsprechender Umgang mit Flüchtlingen. In diesen Fragen wolle die Bischofskonferenz „um Österreichs willen“ mitreden.

#### Johannes Paul II. spricht Anerkennung des Neokatechumenalen Weges aus

In einem Schreiben an den Vizepräsidenten des Päpstlichen Laienrates, Bischof *Paul Josef Cordes*, hat Johannes Paul II. den neokatechumenalen Gemeinschaften ein besonderes Lob ausgesprochen und sie ausdrücklich als einen „Weg katholischer Glaubensbildung“ („itinerario di formazione cattolica“) anerkannt. Das Schreiben trägt das Datum vom 30. August und ist an Bischof Cordes in seiner Eigenschaft als Beauftragtem für das Apostolat der Neokatechumenalen Gemeinschaften gerichtet. Der Papst begründet die Anerkennung ausdrücklich mit der „neuen Lebendigkeit“, die in Pfarreien vom Neokatechumenalen Weg ausgehe, seinem „missionarischen Impuls“ und den „Früchten der Umkehr“ sowie dem Einsatz von Familien für die Evangelisierung in entchristlichten Gegenden Europas und der ganzen Welt. Außerdem weist er auf die hohe Zahl an *Priesterberufungen* hin, die daraus hervorgegangen seien, und erwähnt auch das von der Neokatechumenalen Gemeinschaft in Rom gegründete Zentralpriesterseminar „Redemptoris Mater“. Der Neokatechumenale Weg geht auf eine Gründung des Malers

*Francisco Argüello* im Jahre 1964 in den Armenvierteln von Madrid zurück. Ziel ist die katechumenale Erneuerung der Kirche über die Bildung kleiner Gemeinschaften. Das Neokatechumenat versteht sich selbst nicht als eine eigenständige Bewegung mit besonderer Spiritualität, sondern als einen Weg zur Neubesinnung auf die Taufe als Grundsakrament der Kirche. Es besteht inzwischen in über 70 Ländern in etwa 2500 Pfarreien und 7000 Gemeinschaften.

#### Römische Bildungskongregation verhindert theologische Ehrendoktorate

Um die Verleihung von Ehrendoktoraten durch die Theologische Fakultät der Universität Freiburg i. Ue. ist es erneut zu Auseinandersetzungen gekommen. Nachdem zweimal bereits im Vorfeld einer offiziellen Anfrage von seiten der vatikanischen Kongregation für das katholische Bildungswesen Ablehnung signalisiert worden war, verzichtete die Fakultät letztendlich auf die Ehrenpromotion, die aus Anlaß des 100jährigen Bestehens der Fakultät ursprünglich am diesjährigen Dies academicus, dem 15. November, stattfinden sollte. Nach dem (noch) geltenden Statut ist die Fakultät bei geplanten Ehrenpromotionen gehalten, zuvor ein römisches Nihil obstat einzuholen. Auf der ersten Liste standen die Bostoner feministische Theologin *Elisabeth Schüssler Fiorenza*, der Kameruner Theologe *Jean-Marc Ela*, der lateinamerikanische Befreiungstheologe *Gustavo Gutiérrez* sowie die Theologin *Tissa Balasuriya* aus Sri Lanka. Auf die zweite Liste setzte die Fakultät den Erzbischof von Milwaukee, *Remberth Weakland*, die Schweizer protestantische Theologin *Marga Bührig*, den südafrikanischen katholischen Theologen *Albert Nolan* sowie den Erzbischof von San Salvador, *Arturo Rivera Damas*, und den kalifornischen Exegeten *James Sanders*. Unter den auf der zweiten Liste Abgelehnten soll nach einer Meldung der US-amerikanischen Wochenzeitung „National Catholic Reporter“ auch Erzbischof Weakland stehen. Einem von der Zeitung zitierten Schreiben aus der Kurie zufolge bildeten offenbar Äußerungen Weaklands zur Abtreibungsfrage den Grund für die Ablehnung.

#### Im nächsten Februar werden sich die EKD und der Evangelische Kirchenbund in der früheren DDR vereinigen

Zum Abschluß ihrer diesjährigen Tagung in Travemünde vom 4. bis 9. November beschloß die Synode der EKD, im Februar nächsten Jahres bei einer *gemeinsamen Tagung mit der Synode des Kirchenbundes* in der früheren DDR die Vereinigung zu einer gesamtdeutschen Evangelischen Kirche zu vollziehen. Über Art und Zeitplan des Zusammenschlusses war auf der Synodaltagung in Travemünde heftig und kontrovers diskutiert worden. Dabei wurde der Vorschlag des EKD-Rechtausschusses, die DDR-Landeskirchen sollten möglichst bald ihre seit der Gründung des Kirchenbunds 1969 unterbrochene Mitglied-

schaft in der EKD wiederaufnehmen, mehrheitlich abgelehnt. Es wird aber auch keine grundlegende Änderung der EKD-Grundordnung geben, der dann alle westdeutschen Landeskirchen zustimmen müßten. In der Grundordnung will sich die EKD künftig aber – einem Wunsch des Kirchenbundes folgend – nicht mehr als „Bund“, sondern als „Gemeinschaft“ von Kirchen bezeichnen. 1991 wird es nach der in Travemünde getroffenen Regelung *drei Synodaltagungen* geben: Auf die gemeinsame Tagung von EKD- und Kirchenbundsynode im Februar, bei der die Vereinigung beschlossen werden soll, wird im Mai die erste Tagung der gesamtdeutschen Synode folgen, deren Mitglieder zu einem Viertel aus den Gliedkirchen in der

früheren DDR kommen sollen. Bei einer weiteren Tagung im November soll dann der erste Rat der gesamtdeutschen EKD gewählt werden. Der Ratsvorsitzende der EKD, Bischof *Martin Kruse* (Berlin), plädierte in seinem Bericht vor der Synode für die *volkskirchliche Struktur* der Kirche als die ihr aufgebene diakonisch-missionarische Gestalt. Öffentliche Verantwortung, diakonische Präsenz und Hilfsbereitschaft in der Gesellschaft und missionarische Zugewandtheit zu allen Menschen seien auch bei reduzierten Mitgliederzahlen überall gefordert. Abstand zur Macht dürfe, so der Ratsvorsitzende, nicht Abstandnehmen der Kirche von konkreter gesellschaftlicher Verantwortung bedeuten.

## Bücher

GERHARD LUDWIG MÜLLER, **Was heißt: Geboren von der Jungfrau Maria?** Eine theologische Deutung. (Quaestiones disputatae; 119) Verlag Herder, Freiburg–Basel–Wien 1989; 124 S. 29,80 DM.

Das Buch des Münchner Dogmatikers über die theologische Deutung der Jungfrauengeburt ist eine wirkliche „Quaestio disputata“. Müller vertritt eine klare These, setzt sich pointiert mit Gegenargumenten auseinander und arbeitet die Grundfragen theologischer Hermeneutik heraus, die beim Thema Jungfrauengeburt im Spiel sind. Die These: Jedes Verständnis der Jungfrauengeburt als bloßes Interpretament greift zu kurz; die Glaubensaussage von der Geburt Jesu aus der Jungfrau Maria ist vielmehr aus christologischen Gründen nicht nur angemessen, sondern auch notwendig, weil anders die volle Wirklichkeit des Bekenntnisses zu Jesus als dem Sohn Gottes nicht gewahrt bliebe. Im Unterschied zur Präexistenzchristologie bei Paulus und Johannes, der sich die Frage nach dem Ursprung des Menschseins Jesu so nicht stellt, mußte die synoptische Christologie „von unten“, wie bei Lukas und Matthäus geschehen, das Sohn-Gottes-Bekenntnis in der Geburt Jesu aus der Jungfrau Maria zu verankern, um nicht adoptianistisch zu werden. Müllers Deutung besticht dadurch, daß sie den exegetischen und hermeneutischen Problemen nicht ausweicht, die sich beim Thema Jungfrauengeburt stellen, sondern sie entschlossen angeht. Sie hat damit auch den Vorzug, daß hier wirklich systematische Theologie getrieben wird und es nicht beim Zusammenstellen biblischen und dogmengeschichtlichen Materials oder der bloßen Wiederholung der lehramtlichen Aussagen bleibt. Gleichzeitig provoziert der Band aber auch Rückfragen, etwa ob Müller den neutestamentlichen Befund nicht doch zu sehr systematisch überfordert oder die nach der Unverzichtbarkeit seiner grundsätzlichen Zuordnung von Gottessohnschaft und Jungfrauengeburt.

U. R.

HANS JOACHIM TÜRK, **Postmoderne.** Matthias-Grünewald-Verlag, Mainz/Quell Verlag, Stuttgart 1990. 140 S. 19,80 DM.

Unter profundem intellektuellem Anspruch im Sinne einer kreativen Synthese stellt der Autor sein Werk nicht. Der Ansatz mit der Postmoderne bei New Age, obwohl in sich reizvoll, gerät etwas zufallartig. Der Unterscheidungsarbeit aus dem Blickpunkt des Glaubens, zu der das Buch ein wegweisender Beitrag sein soll, fehlt die letzte Tiefenschärfe. Primärliteratur wird von Sekundärliteratur überwuchert. Die Arbeit Türks hat aber den großen Vorteil, daß sie das Postmoderne als gesellschaftliches Phänomen, als zeitgeistige Strömung und als „Projekt“ von allen Seiten – von der künstlerischen, literarischen, soziologischen und philosophischen – zu beleuchten sucht. Neben den Projekträgern und Beförderern der Postmoderne kommen auch die Kritiker der postmodernen Kritiker der Moderne ausgiebig zu Wort – vor allem Jürgen Habermas. So ist eine sehr informative Darstellung entstanden, in der die abgewogen-kritischen Blicke auf die durch die christlichen Kirchen noch nicht ausreichend geleistete Auseinandersetzung mit der Moderne als Vernunft- und Freiheitsgeschichte – die christlichen Kirchen erscheinen sowohl als Gegner wie als Opfer – zu den interessantesten Nebenergebnissen gehören. Schwieriger ist es mit dem Selbsturteil des Autors über die Postmoderne speziell dort, wo es sich nicht nur um Symptome einer Zeitenwende, sondern als bewußt postuliertes Zukunftsprjekt handelt. Wenn Postmoderne letztlich nichts anderes besagt als Pluralismus als durchgängiges Konstruktionsprinzip von Lebensstil, Lebenswelt und Gesellschaft, was ist sie dann anderes als radikalisierte Moderne, die diese Moderne selbst zum Stilprinzip macht und so auch Gegenströmungen (fundamentalistische zumal) noch einmal in sich aufnimmt und als Nischenkulturen ihrer selbst zu domestizieren versucht? D. S.